

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



56. Jahrg. Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 16. Juli 1918

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 81

Aus dem Inhalte dieser Nummer:
 Artikel: Die Würzburger Tagung (Schluß).
 Korrespondenzen: Berlin. — Beuthen. — Bromberg. — Darmstadt. — Essen. — Gleiwiß. — Halle a. d. S. — Hannover. — Konigsberg. — Krefeld. — Schwerin. — Breslau. — Weimar. — Wittenberg.
 Bericht der Hauptverwaltung vom Monat Mai 1918.

Die Würzburger Tagung

Gemäß unserer durch den Verlauf der außerordentlichen Generalversammlung noch erhärteten Auffassung konnten die Wünsche und Anträge auf Abänderung der Unterstützungsätze diesmal nichts weiter als eine akademische Erörterung finden. Daß diese trotzdem so ergiebig sich gestalten mußte, überrascht; ein Fehler war es dennoch nicht. Von einem Fehler ist jedoch zu sprechen, als bei den Diskussionen über Würzburg in verschiedenen Mitgliederversammlungen die überzeugungskräftigen Darlegungen Eilers wie die lehrreichen Ausführungen des österreichischen Verbandskassierers, wie weit man jenseits der deutschen Grenzgebiete durch die Kriegsverhältnisse zurückgehen gezwungen gewesen ist: völliges Sistieren einzelner und stärkere Kürzungen als in Deutschland bei andern Unterstützungsbezirken, wo doch die Invalidenunterstützung unberührt bleibt, eine Rückwirkung der so geschaffenen Aufklärung noch viel zu wenig wahrnehmen ließen. Summa die Berichtserstattung im „Korr.“ über diese Fragen doch recht ausführlich war. Wenn Eiler hervorhob, daß nur durch den nachdrücklichen Rückgang der Arbeitslosigkeit und ihr späteres Verschwinden — ein noch nie dagewesener Fall — das bei der Krankenunterstützung, in besonders aber bei der Invalidenunterstützung infolge der außerordentlichen Verminderung der zahlenden Mitglieder entstandene Defizit gedeckt werden konnte, dann gehört doch kein Rechenschaft zu der Einsicht, die Hände von Abänderungen, die Verbesserungen sein sollen, zu lassen; zum mindesten aber so lange, wie die Kriegsverhältnisse alles noch in stilligem, ganz unberechenbarem Zustande lassen. Es hätte gar nicht der Betonung bedurft von Eiler, daß er sich nicht von fiskalischen Interessen bewegen lasse; sein Hinweis, nicht Bahnen zu beschreiben, auf denen man später wieder zurückgehen müßte, hätte schon durchschlagen sollen. Wenn das im Verbandsbereich der Fall gewesen ist, so könnte es bei Wiederholung zu einer Katastrophe führen, denn was uns die Kriegsverhältnisse hinterlassen werden, das ist gar nicht vergleichbar mit den einfachen Verhältnissen, unter denen man früher zu weit gegangen war. Dvoraceks Warnruf, es sei falsch, auf Generalversammlungen immer Verbesserungen in den Unterstützungsätzen und -einkünften zu schaffen, weil dann ein Rückschlag unausbleiblich wäre, müßte gleichfalls zur bleibenden Lehre dienen.

Zweierlei falsche Auffassungen sind vielfach in unsern Reihen anzutreffen: über den relativ hohen Stand unseres Verbandsvermögens wie über die von andern Gewerkschaften mechanisch beliebte Übertragung der dort jetzt vorgenommenen Beitrags- und Unterstützungsverbesserungen. Beachtet man in letzterer Hinsicht das hervorgehobene Moment des Ausgleichs für die Geldentwertung, so wird es zum großen Teil hinfällig, wenn man sich die beschlossenen Erhöhungen dazu betrachtet. Denn fast durchweg kann so von einer Anpassung an den gesunkenen Geldwert gar nicht die Rede sein. Dazu müßten ganz andre Setzungen eintreten. Es ist vielmehr von einer mäßigen Erhöhung der Beiträge an sich zu sprechen. Nun aber ist unbefreitbar, daß bei uns die Beiträge wie die Unterstützungsätze an sich erheblich höher stehen als in andern Gewerkschaften; wir werden auch trotz des in Würzburg eingetragenen abwartenden Standpunktes darin voran bleiben. Die Beitragsfreudigkeit unserer Kollegen im allgemeinen darf nicht darüber täuschen, daß ein nicht so kleiner Prozentsatz die Falschen lieber zubillt als aufmacht. Dann ist zu berücksichtigen, daß, wie mit berechtigter Kritik vorgetragen wurde, namentlich in kleineren Mitgliederversammlungen die Beiträge manchmal eine fast unbegreifliche Höhe erreicht haben. Wenn also die Unterstützungs-

kommission, deren nicht leichte Tätigkeit am wenigsten allgemeiner Zustimmung begehrte — man ersieht daran, daß selbst innerhalb eines Arbeiterparlamentes ziemliche Interessengegenstände in die Erscheinung treten können —, bei den Unterstützungsätzen es nach Maßgabe der erläuterten Gesichtspunkte einstweilen kein altes belassen hat, so ergab sich für die Beitragsbemessung die Konsequenz von selbst. Dann wird immer und immer noch überleben, welchen großen Bestandteil unsres Julisturms die dauernden hohen Verpflichtungen für die Invaliden ausmachen. Sie werden noch weit größer werden nach dem Krieg, und die Krankenunterstützung wird aus der nämlichen Ursache zu einem Sorgenquell werden. Von dem, was unser hinsichtlich der Arbeitslosigkeit hart, jetzt überhaupt zu schweigen. Es gehört schon eine tüchtige Portion Glaubensstärke dazu, mit welcher nach ihrer Auffassung ausgiebigen Beitragserhöhung einzelne Mitgliederversammlungen gewissermaßen die ganzen Kriegsschäden durch größere Leistungen von Seiten des Verbandes heilen möchten.

Richtig dagegen war und wird auch die wahre Notwendigkeit werden, wie eine ganze Anzahl erfahrener Funktionäre sich auf den Standpunkt stellte, zwar eine Reform in unserm Unterstützungsweisen nach Kriegsschluß eintreten zu lassen, aber nur durch ein gerechteres Ausmaß von Leistung und Gegenleistung. Dann wird den älteren Kollegen, wenn sie krank, invalide oder arbeitslos sind, gegeben werden können, worauf sie nach ihren gezahlten Beiträgen wie je nachdem auch nach ihren Verdiensten um die Organisation berechtigten Anspruch haben. Daß die Umzugsunterstützung endlich einmal von ihrer Zweifelhaftheit befreit wird, darf keine Frage mehr sein.

Richtig ist auch, mit allen Mitteln und überall unausgeseht dahin zu wirken, daß von Reich, Staat und Kommunen für die Einführung bzw. Erweiterung der öffentlichen Arbeitslosenunterstützung mehr und Ausreichendes geschieht. Die Gewerkschaften sind nicht dazu da, diese Verpflichtung dem werktätigen Volke gegenüber den Behörden abzunehmen und zu erleichtern. Hier darf keine Drückereberei geduldet werden, vom Volk ist jetzt zu viel verlangt worden! Bezeichnend ist, daß jetzt schon in Kommunen mit besseren Einrichtungen auf diesem Gebiete die Buchdrucker infolge ihrer höheren Arbeitslosenunterstützung die Benachteiligten sind. Das hat sich in Berlin, in Leipzig und anderswo gezeigt. Es wäre doch ein Anzeichen, den Verband noch mehr zu belasten, damit die Kommunen bei den Buchdruckern weitere Kürzungen vornehmen können! Bei der Krankenunterstützung verhält es sich ebenso. Da sind die Krankenkassen durch Entschaid des Reichsversicherungsamts vom November 1914 berechtigt, die gewerkschaftliche Unterstützung beim Krankengeld in Anrechnung zu bringen. Es wird das um so eher gebührend werden, je höher die Verbände hier ihre Leistungen bemessen. Im übrigen sind ja die Unterstützungsätze — natürlich auch die Beiträge — der Ortskrankenkassen wesentlich erhöht worden. Die Unbelebbareren sollten doch aus dem Guldbergischen Artikel in Nr. 58 die richtigen Schlüsse zu ziehen vermögen. Die Invalidenrentner für sie eingetretenen Notlage vom Reich in Berücksichtigung gezogen werden. Die durchschnittlich fünfzigprozentige Erhöhung der Rente wird jedenfalls beibehalten werden müssen. Eine Rundschau vom 12. in Nr. 63 gibt kurz darüber Aufschluß.

Alles in allem trägt der Ausgang dieser Debatte mit dem Vorbehalt, daß eine Gauvorfederkonferenz entweder sofort oder nach Klärung der Dinge oder die nächste, ja nach Friedensschluß bald zu erwartende Generalversammlung die erforderlichen werdenden Maßnahmen treffen und weiteres beschließen können, den obwaltenden Verhältnissen wie den etwaigen Möglichkeiten noch am meisten Rechnung. Es wäre nur zu wünschen, und deshalb hier die längeren Ausführungen, daß ein nicht unerheblicher Teil unserer Mitglieder nach dieser Aussprache in Würzburg den Gewerkschaftler mehr in den Vordergrund treten läßt. Das Unterstützungsweisen darf nur Beiwerk sein!

In engem Zusammenhange hiermit steht die Frage der Kriegsteilnehmer. Ein Novum für eine Gewerkschaftstagung, aber unausweichbar wie so vieles, was diese schlimme Zeit heraufbeschworen hat. Das Wirkfamste, was der Verband hier geschaffen hat, und zwar in allseitiger Anspannung: Verband, Gau, Mitgliederversammlungen, ist die freiwillig geleistete Familienunterstützung, die am Schlusse des ersten Quartals 1918 den ansehnlichen Betrag von nahezu 3 Mill. Mk. (2936276) erreicht hat. Der Verbandsvorstand hat auf der Generalversammlung wiederum einen Kopsbetrag von 3 Mk. bewilligt. Ganz richtig wurde betont, daß man die spät eingezogenen älteren Kollegen, die für diesen Zweck lange Zeit gekauert haben, nicht schmälen dürfe; es würden sonst wieder die jüngeren Mitglieder zu sehr im Vorteil sein. Was auf diesem Gebiete getan ist, wird für alle Zeit der Organisation zum Nutzen gereichen. Zu bemerken ist, daß ein Viertel des Sterbegeldes den Hinterbliebenen Gesellener aus diesen Überweisungen freiwillig gewährt werden kann. Die Regelung unterliegt den Gauen und den Mitgliederversammlungen. Erwähnt soll hier nochmals werden, daß auf der Generalversammlung mit Recht zu bedenken gegeben wurde, wie die Frauen verstorbener älterer Kollegen mit dem einmaligen Sterbegeld doch wesentlich schlechter gestellt sind als die Familien gefallener Kollegen, die eine dauernde Unterstützung vom Staat erhalten.

Sonst wurden die Bestimmungen für die Kriegsteilnehmer zum Teil genauer gefaßt, manches mußte aber offen gelassen werden bis zu der Zeit, wo die Sonne des Friedens uns wieder leuchtet und dann mehr Klärung eingetreten ist. Das von der Verbandsleitung im Entwurfe fertiggestellte und vielleicht schon im Druck befindliche Merkblatt für die feldgrauen Kollegen wird allen Beteiligten ausreichende Aufklärung verschaffen und jedem zu richtigem Verhalten der Organisation gegenüber die Möglichkeit geben.

Aber unsere Beziehungen zu andern Verbänden und Körperschaften können wir uns kurz fassen, denn im groben und ganzen sind sie ganz befriedigend, wenn nicht direkt gute.

Zum Buchdruckerauslande hat der Krieg wohl Unterbrechungen gebracht, soweit die kriegführenden Staaten in Betracht kommen, aber in keinem Fall ist von uns der lokale Standpunkt verlassen worden. Wir haben jedwede Zurückhaltung beobachtet und so den Standpunkt einggenommen, den Kollege Dvoracek treffend mit der vereinten Frage präzisierete: Was geht uns Buchdrucker in unsern kollegialen Beziehungen der Krieg an? Dauerlicherweil denkt man aber nicht überall so wie in Deutschland, Österreich und Ungarn. Im Organ der französischen Schweiz ist die in Würzburg angeführte Ansprache über die Schuldfrage am Krieg usw. weitergeführt worden, aber nicht in dem Sinne, wie es anerkannt auf der Generalversammlung erwähnt wurde. Der auf dem Stuttgarter internationalen Kongreß 1912 verspätet erschienene kollektive amerikanische Kollege Berry hat im vergangenen Monat in Paris als Mitdelegierter amerikanischer Gewerkschaftsführer auch eine gehörige Brandrede gegen Deutschland gehalten. So etwas nimmt man nicht mehr fraglich. Daß der italienische „Avanti“ Berry zum fünftausend Millionär machte, ist aber spätig. Im übrigen warten wir ab, wie sich die internationalen Beziehungen nach dem Kriege wieder gestalten werden; sie zu fördern, wird wie vordem unser Bestreben sein, das andre liegt nicht bei uns.

Das Verhältnis zu den graphischen Verbänden ist günstig. Die Vertreter der betreffenden Organisationen werden keine andre Meinung oder Auffassung zur Frage eines graphischen Industrieverbandes bemerkt haben, wie es zuletzt in Hannover (1911) von unserer Organisation kundgeteilt worden ist. Aber für ein engeres Zusammenarbeiten der graphischen Organisationsleistungen fanden sie befriedigendes Verständnis; die Entwicklung im graphischen

Gewerbe mit der zunehmenden Betriebsmischung, worüber der eine Vertreter recht interessante Ausführungen hören ließ, macht das zum Gebot.

Die Generalkommission kann von der ihr gewordenen Beurteilung recht zufriedener sein. Was in der vergangenen Woche auf dem Schuhmacherverbandsstag in Würzburg zu vernehmen war, steht im völligen Gegensatz zu der ruhigen, abgeklärten Aussprache über unser Verhältnis zur Generalkommission. Es zeigte sich auch bei uns zunächst einige Nichtbefriedigung mit dieser oder jener Fassung der Generalkommission, aber Bauers geschickte Darlegungen verstanden es schnell, diese Momente nur als Auserlichkeiten erscheinen zu lassen. Die eigentlichen Beweggründe der gewerkschaftlichen Zentralleitung, in der unser Vöblin ja so lange Jahre tätig war, fanden Billigung und die Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung Befestigung. So wurde denn unter völliger Vermeldung der gegenüber der Generalkommission gemühten bekannten Schlagworte eine Debatte aus diesem Punkte, die sich überwiegend im Rahmen von sozusagen „kleinen Anfragen“ hielt und mit einem durchaus harmonischen Abschluß endigte. Wenn es die Gewerkschaften insgesamt so halten würden, könnte, unbeschadet etwa unmerklicher Kritik, der gesamten Arbeiterbewegung nur Nutzen aus solchen Aussprachen erwachsen.

Würzburg als Tagungsort wird für immer einen Ehrenplatz unter den Generalversammlungsstätten einnehmen. Gehen wir sie durch: Leipzig 1866, Berlin 1868, Frankfurt a. M. 1871, Dresden 1874, Leipzig 1876, Hannover 1879, Stuttgart 1882, Berlin 1885, Gotha 1886, Hamburg 1888, Berlin 1891, Stuttgart 1892, Breslau 1895, Halle a. d. S. 1896, Mainz 1899, München 1902, Dresden 1905, Köln 1908, Hannover 1911, Danzig 1913, so findet sich einmal eine bayerische Großstadt (München) darunter vertreten. Würzburg ist nicht als eine solche anzusehen, und das ist kein Vorzug. Würzburg sah aber schon vor der Verbandsgründung, nämlich im Jahre 1865, die erste größere Tagung seit 1848, und zwar die Hauptversammlung des Mittelrheinischen Buchdruckerverbandes in seinen Mauern. Es war dies die erste, ausgedehnteste und tätige Provinzorganisation, die einen gar ehrenvollen Platz in der Verbandsgeschichte einnimmt.

Die „Stammgäste“ der Generalversammlungen werden darin übereinstimmen, daß mit den mittleren Druckorten als Tagungsstätten die besten Erfahrungen gemacht worden sind. In Mainz, Danzig und Würzburg ist ein besonderer Pulsschlag des kollegialen Lebens wahrzunehmen gewesen. Zwischen den Delegierten und den anwesenden Kollegen herrschte geradezu familiärer Verkehr. In herzlichen Bemühungen waren die letzteren um ihre Gäste unermüdet. Gleich Antäus empfängt so der alte Buchdruckergeist, namentlich der des Großdruckladers, neue Stärkung und Erhebung. Wenn Kollege Grabmann am vorletzten Abend oben auf der „Steinburg“, den eine Stimmung beherricht haben soll — wir können wegen üblicher Verbindung abends durch die Berichterstattung nicht aus eigenem Erleben sprechen —, die nur aus solchen glücklichen Verhältnissen sich mit einer gewissen Selbstverständlichkeit entwickeln kann, in bereden Worten für alles aus Innerstem kommenden Dank abstufte, so hat das die Würzburger Kollegenschaft und ihre Leistung voll und verdient. Es ließe die Danktagungen am Schluß der Generalversammlung (Nr. 63) und die Anerkennung über den Begrüßungsabend (Nr. 62) wiederholen, wollten wir hier etwas hinzufügen. Nur ein sei nochmals verichert: der Würzburger Kollegengehungsverein und sein ganz hervorragendes, keine Ermüdung zeigendes Doppelquartett werden untergehen müssen! Obwohl auch hier Kriegserlös nachrücken mußte, so mußten doch die Niedergaben wie hübsche Friedensware an, von der mit dem Preislied auf den in Würzburg ruhenden Minnefänger Walter von der Vogelweide gleich zur Eröffnung des Begrüßungsabends durch den Chor eine wunderschöne Probe verapreicht wurde.

Es ist ein Akt der Dankbarkeit gewesen, in aller Bescheidenheit nachträglich eingehender den gewidmeten schönen Führer durch Würzburg zu lesen und bei Betrachtung der anerkanntwert ausgeführten Druckarbeiten auch die illustrierten „Würzburger Neuesten Nachrichten“, d. h. die periodisch erscheinenden, „Grüße aus der Heimat für die Kollegen im Feld“, in die Hand zu nehmen, die wir lange schon als das beste Verbindungsorgan einer Mitglieberschaft mit den Kollegen draußen kennen. Darin wird man neben dem schönen Willkommen auf zweierlei Art aus der Feder des ein waches, aber doch straffes Regiment führenden „Stadtkommandanten“ Kemmerich gelesen haben, wie die Würzburger Generalversammlung „gemacht“ worden ist. „Machern“, vom Kollegen Selb angefangen, für diese gediegene „Schiedung“ einen Extradank! Noch sei der Vorlage des „Fränkischen Volksfreundes“ wie des „Würzburger Generalanweisers“ mit freundschaftlichem Danke für die Versorgung mit geistiger Nahrung Erwähnung getan.

Es würde pflichtvergessen sein, nicht noch einmal der letzter zahllosen Aufschriften aus dem Felde zu gedenken,

die in jeglicher Ausdrucksform, zum Teil höchst poetisch und hochkünstlerisch, geschrieben, gezeichnet und gedruckt, von unsern Brüdern im Waffenrock an die Würzburger Tagung gelangten. Ein Gauvorsteher war sogar aus Syrien mit herzlichster Begrüßung versehen. Der Gefühlsniedererschlag in all diesen Selbstpfeifen und -briefen wirkte wahrhaft erhebend. Einer Gewerkschaft, der solche Anhänglichkeit bezogen wird, sind damit die besten Zukunftswünsche ausgeföhrt. Im Geiste kräftigen kollegialen Händedrucks jedem einzelnen, der so des Verbandes Kriegstagung gedachte, auch denen, die aus den heimatischen Gefilden Grüße und Wünsche sandten!

Daß wir erst jetzt, sechs Wochen nach Beendigung der Generalversammlung, dazu gelangen, mit Ergebnis und Ausnahme der Würzburger Woche unsern kommentierenden Betrachtungen abzuschließen, zeugt schlagend von den beherrschenden außerordentlichen Umständen. Dieses Schlukapitel ist bis auf einige Punkte schon eher gelebt gewesen, als mit der Anknüpfung des Termins der Zarlauschlußfassung (Nr. 71) sich die Notwendigkeit ergab, sofort die Generalversammlungsregionen abzubrechen und dem noch Wichtigeren den Vorrang bei den gar knappen Raumverhältnissen zu lassen. So ist denn seit der Nr. 71 eine Unterbrechung eingetreten, wodurch allerdings in gutem Sinne verschuldet wird, daß die nun bedingte Umarbeitung des ausklingenden Abschlußes einen reiflosen Abschluß gestatte. Die etwa noch eingehenden, sich mit Würzburg beschließenden Versammlungsberichte müssen freilich unbeachtet bleiben.

Eine Generalversammlung stellt sehr starke Ansprüche an die Redaktionskräfte wie an den Raum. In ersterer Beziehung war erfreulicherweise die dringend notwendige Hilfe insofern zu beschaffen, als unser Kollege Schaeffer seine militärischen Ferien von Vormitte Mai bis Mitte Juni zu legen vermochte. Mit dem Umfange ließen sich die Schwierigkeiten nur zum kleinsten Teil überwinden; die sechs zweifelhafte Nummern nach der Generalversammlung bis zum Quarantalschluß, also innerhalb dreieinhalb Wochen, wußten es aus. Das mußte selbstverständlich eine größere Einteilung der Nachlese zur Folge haben und wegen Hingutens des schon erwähnten andern, zwingenden Grundes dann auch ihre „Vertragung“ bis jetzt. Was wir in Nr. 65 in der Einleitung ankündigten, unsere Rückblicke auf zwei Normalnummern (vier Seiten) beschränken zu wollen, wurde in Anbetracht der großen Wichtigkeit der Würzburger Tagung wieder fallen gelassen, auch im Interesse der „Sehtausende“ von Feldgrauen Kollegen, die nunmehr auf den „Korr.“ brannten, wie derjenigen, die wegen ihrer Abwesenheit keiner Berichterstattung in den Versammlungen anwohnen können. So sind es denn 18 Abschnitte geworden, die sich auf die Nummern 65, 66, 67, 68, 69, 71 und 81 verteilen. Wie recht wir mit dieser „Inkonsequenz“ handelten, zeigen sehr viele Zuschriften. Offenbar hat man die Folgeerscheinung, eben die Unterbrechung, allenthalben willig in Kauf genommen.

Wenn — stets ohne die stark vermehrte Versammlungsberichte vor und nach solchen Tagungen — die Artikel (eingesandte und redaktionelle), die Anträge, die offizielle Berichterstattung, die übliche Nachlese sowie die späteren (seltenen) Artikeleneinblendungen zur und von der Generalversammlung in Hannover (1911) 11204 Zeilen erforderten, so wurden bei Danzig gar 17896 notwendig. Daß es nun für Würzburg mit 7202 Zeilen sein Bewenden hat, ist eine Straffleistung. Denn das dieser Tagung entgegengebrachte Interesse war in den Kollegenkreisen keineswegs geringer als bei früheren Gelegenheiten, das Bedürfnis zum Artikeln ebenfalls nicht, und für die Redaktion lag doch die nämliche Verantwortung vor, namentlich in der Nachlese wiederum die ganze Verbands- und Gewerbedepotik aufzurollen, wozu diesmal die Kriegs- und Ernährungswirtschaft wie die gewerkschaftliche und arbeiterparteiliche Taktik während der Kriegsjahre noch zu ausgedehnten, scharfen Ritten hätten führen können. Die geradezu zermürbende Raumbeschränkung ließ jedoch nur die Hauptpunkte und Hauptmomente herausprägen. Da noch hinzukommt, daß über die Stellungnahme zum Ergebnisse der Würzburger Woche in den Mitglieberschaften bis zur Zarlauschlußfassung nicht nur die Allgemeinheit der Kollegenschaft unterrichtet sein sollte, so dürfte einleuchten, was das so nahe Zusammenfallen der Würzburger und der Berliner Tagung unter den gegenwärtigen Verhältnissen gerade für die Redaktion des Verbandsorgans zu bedeuten hatte und noch hat, denn es wird noch einiger Zeit bedürfen, um wieder in die Normalspur zurückgekommen — was man jetzt so nennt! Im Jahre 1876 fielen Zarberatungen und Generalversammlung wohl zusammen (18. bis 25. Mai bzw. 24. bis 27. Mai), aber dieser direkte Anschluß bot sogar eine Erleichterung, denn es mußte über Annahme der Zarlreduktion oder über Krieg schweigend entschieden werden. Sonst ist in den Jahren, die Zarberatungen und Generalversammlungen des Verbandes zugleich aufweisen, immer ein größerer zeitlicher Spielraum gewesen: 1886, 1888, 1891, 1896, 1899, 1902, 1908, 1911 und 1913; ganz abgesehen davon,

daß den meisten dieser karistischen Tagungen nicht entfernt die Bedeutung der diesjährigen beizumessen ist. Angeht dieses kritischen Standes der Dinge müssen wir unverbohlene Anerkennung über die, mit einzelnen Ausnahmen, recht gedrängt gehaltenen Versammlungsberichte über Würzburg — bis jetzt 118 — aussprechen. Das würde jedoch nicht zu erreichen gewesen sein, wenn von unserer Seite nicht so oft Feuerfärm gelassen worden wäre. Mag das diesem oder jenem nicht befaßt haben, wir sind so wenigstens dahin gekommen, daß nicht die allermeisten Einblendungen zum Zweck der notwendigen Kürze von uns völlig neu geschrieben werden mußten. Wenn wir auch kein Verbleistkreuz für die Bekämpfung und Abfindung mit der außerordentlichen Raumnot zu erwarten haben, so sollte man doch einsehen, daß nur so noch allem gerecht zu werden ist.

Die neunte Generalversammlung fällt ganz aus dem Rahmen des Gewohnheitsmäßigen, unterscheidet sich sogar wesentlich noch von den Tagungen in ungewöhnlichen und kritischen Zeitaltern für den Verband. Sie wird auch unter den übrigen gewerkschaftlichen Kriegstagungen eine Ausnahmestellung einnehmen in bezug auf ihre abgeklärte Beurteilung der Zeit- und Streitfragen in der Arbeitererschaft. Eine Kriegstagung, die so viele Kriegsmahnahmen zu erforschen und zum Teil auch zu beschließen hatte, selbst jedoch von der größten Friedfertigkeit erfüllt und von brennendem Verlangen nach endlichem Völkler- und Weltfrieden befezt war und auch für den Frieden im Gewerbe und für dessen Wohlfahrt laute Wünsche und Hoffnungen vernehmen ließ — eine solche Generalversammlung wird der Verband nicht wieder erleben! Und soll sie auch nicht ein zweites Mal haben trotz besten Gelingens im gegebenen ersten Falle, weil sonst ja nochmals ein Krieg den schreckensvollen Rahmen einer Verbandsgeneralversammlung liefern müßte.

Im ganzen gleich das Ergebnis der Würzburger Woche, dem in unserm Begrüßungsartikel (Nr. 60) von der Tätigkeit dieser Generalversammlung vorweg gezogenen Querschnitt und den auch von einigen andern Kollegen zuvor im „Korr.“ auf besonnes Notwendigkeiten. Demgemäß ist unsere Befriedigung groß und herrscht auch im allgemeinen Genugtuung. „Massinis Wunsch am Schluß: Das Gesagte, Gehörte und Beschlossene nun hinauszufragen in die Herzen der Kollegen, ist in umfassendster Weise erfreuliche Tatsache geworden. Das Ergebnis unserer Würzburger Woche hat eine in ihrer Einmütigkeit selten gute Aufnahme gefunden! Wo vereinzelt sich doch abweichende Meinung geltend machte, da hat das zumal seine Ursache in einer auffallenden Verkennung der Aufgaben der außerordentlichen Tagung in Würzburg und in dem leidigen Zwiespalt zwischen Gewerkschaftler und Unterstützungsstellen-mensch. Unter hier und da angegriffener „Wegweiser für die Generalversammlungsdiskussion“ (Nr. 39) war zur Gegenwirkung geschrieben, Kollege Lütge (Berlin) hat uns später (Nr. 58) darin trefflich festumder. Von der Generalversammlung ist dieser Standpunkt glänzend gerechtfertigt worden! Aber einzelne Kollegenkreise wollen sich hierin nicht belehren lassen; wie in verschiedenen Artikeln vor dem, ist auch in einigen Versammlungen nach Würzburg noch die Kassenfrage das A und O gewerkschaftlicher Weisheit gewesen. Nun werden sie durch die Schwierigkeit der Berliner Beratungen wohl in etwas andre Denkbahnen gedrängt werden. Eine erst aus voriger Nummer zur Kenntnis genommene ganz neue Entdeckung ist, daß die Einmütigkeit in Würzburg auf den Umstand zurückzuführen sei, weil „meistens nur Verwaltungsbeamte“ auf der Generalversammlung waren. „Meistens nur“ sind jedoch im praktischen Berufsleben stehende Kollegen vertreten gewesen! Nämlich 38 Mann von 59 Delegierten insgesamt, wobei wir zwei Kollegen, die in der Arbeiterbewegung angefaßt sind, als „neutral“ zwischen die beiden „Mächtegruppen“ stellen. Im übrigen ist eine solche Erklärung vorhandener Einmütigkeit bei einer Tagung von so großer prinzipieller Wichtigkeit unsinnig. Eine andre Versammlung stand anscheinend unter dem Einfluß einer Hypnose. Ist es zur Zeit der „Stabskompterei“ nicht einmal so weit gekommen, daß ein ganzes Auditorium den Drahtleuten eines einzelnen über Stock und Stein folgte, so sollte zehn Jahre nach dieser abgetanen Episode doch die Selbstsucht zum eignen Denken als ein notwendiges Attribut mündlicher Selbstständigkeit angesehen werden. Die Fassung der Würzburger Generalversammlung zu dem Auslegungsfreie über den Organisationsvertrag hat nach der Stellungnahme zur Magenfrage weiteste Anerkennung gefunden.

Von nicht hoch genug zu veranschlagender Bedeutung waren die zahlreichen Versammlungen mit der Berichterstattung über Würzburg nicht nur ob des sie durchziehenden Geistes, sondern auch wegen des fast ausnahmslos guten oder starken Besuchs. Zwar fanden diese 118 Versammlungen nicht alleamt an 118 verschiedenen Druckorten statt, aber bei den jetzt so ungünstigen Verhältnissen und den sonstigen Erschwernissen wie angeschlossen des Rückganges um 606 Druckorte für unsere Organisation seit 1913, wo über Danzig 183 Berichterstattungen zu verzeichnen waren, ist die Zahl der statt-

gehobten Einzelverfassungen doch erstaunlich groß zu nennen. Die Generalversammlungsdelegierten haben sich als Referenten also kühnlich plagen müssen; ihnen gebührt nicht zuletzt Dank dafür, daß zwischen Würzburg und Berlin eine feste Front auf Gehilfenseite in die Erscheinung treten konnte. Es war schon eine Freude, im Januar die Anzahl der Professorenverfassungen gegen die Papiernot über Erwarfen groß zu sehen. Jetzt war der Erfolg weit stärker. Der „Vorwärts“ in Wien, unser österreichisches Bruderorgan, und aus der Schwagerstadt die Blätter der Hilfsarbeiter, Steindruckers und Lithographen sowie der Buchbinde, in denen sämtlich die in Würzburg festgenommenen Gäste ihre Eindrücke schilderten, erteilten der neunten Generalversammlung des Verbandes eine sehr günstige Note. Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission steht noch aus mit seinem Urteil.

Die Regie klappte vorzüglich, und über die Wirkung davon auf Prinzipalsseite haben uns ja die Berliner Tage ganz wertvolle Urteile vernahmen lassen. Hat man auch nach dieser oder jener Richtung falsche Schlüsse gezogen, in der Hauptsache ist der richtige Effekt von uns erzielt worden. Wären die Prinzipale mit ihrer Preispolitik so weis, wie es für beide Teile eine Zeitnotwendigkeit ist, dann würde das materielle Ergebnis von Berlin höher zu veranschlagen sein. Aber auch dazu müssen sich nun die Zeichen deutlicher ankünden. Müßt das Reden mit Engelszungen nichts mehr, werden wir mit Postenankraft rufen!

Zu der durch und nach Würzburg dokumentierten Geschlossenheit, die so gar nichts bemerken ließ, daß wir im eigentlichen durch den Tod Emil Döblins doch eine kritische Periode durchzumachen haben müßten, hat allseitige, wohlbedachte Entschlossenheit das notwendige Requisite bilden. Die erste Probe aus Grempl ist gemacht worden und gut ausgefallen! Möge diese Stimmung und dieser Geist rege in der Kollegenchaft bleiben — das ist die beste Durchhaltepolitik. Dann wird lebensvolle Wahrheit geworden sein, womit wir in Anlehnung an den Willkommengruß in Generalversammlungsprogramm unsre Würzburger Nachlese ausklingen lassen wollen:

Drauß' die Welt in Flammen brennt —
In Würzburg still am Main —
Des Verbandes Parlament
Lieb ihn neugedehnt!

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. (Generalversammlung am 9. Juli.) Bis zum letzten Platz füllten die Delegierten und Vertrauensleute der Berliner Gehilfenchaft den großen Saal des „Gewerkschaftshauses“, um den Bericht ihres Kreisvertreters über die Verhandlungen des Tarifausschusses entgegenzunehmen. In ausführlicher Weise entlegte sich Kollege Maßlin dieser Aufgabe. Er gab in seinen Ausführungen ein anschauliches Bild von den Verhandlungen und schilderte eingehend die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, ehe es möglich gewesen, in der Teuerungszulagenfrage zu einer Verständigung zu gelangen. Daß mit der neuen Regelung kein völliger Ausgleich für die allgemeine Verteuerung aller Lebensbedürfnisse geschaffen worden ist, würde zuzugeben, doch sei das Erreichte als annehmbar zu bezeichnen. Die Gehilfenvertreter haben getan, was in ihren Kräften stand. Die Diskussion gestaltete sich recht lebhaft. Es wurde darauf hingewiesen, daß auch mit den neuen Teuerungszulagen in Berlin keine Möglichkeit bestehe, eine Familie ernähren zu können, so daß die Kollegenchaft weiter gezwungen bleibe, durch Überarbeit ihr Einkommen zu erhöhen. Scharfe Kritik fand der Beschluß, daß vor dem Frühjahr nächsten Jahres keine neuen Forderungen gestellt werden sollen. Von einigen Rednern wurde Ablehnung der Vereinbarungen gefordert, während ein anderer das Resultat als ein achtbares bezeichnete. Kollege Grabmann stellte in längeren Ausführungen verschiedene schiefe Auffassungen einiger Diskussionsredner klar. Nach einem kräftigen Schlusswort des Kollegen Maßlin wurde eine Resolution, die sich mit den neuen Vereinbarungen nicht einverstanden erklärte, gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt. Folgende Entschließung fand aber einstimmige Annahme: „Die Generalversammlung nimmt Kenntnis von den Verhandlungen des Tarifausschusses, erklärt sich mit den dort bewilligten Zulagen jedoch nur unter dem Zwange der Verhältnisse einverstanden, da die gewährten Zulagen die gesteigerten Lebensmittelpreise in keiner Weise ausgleichen. Die Gehilfenchaft behält sich vor, zu gegebener Zeit weitere Forderungen zu stellen.“

Beuthen (Oschl.). (Außerordentliche Bezirksversammlung.) Der zahlreich besuchten Bezirksversammlung wohnte auch unser Gauvorsitzer Fiedler bei. In kurzen, klaren Worten gab er einen Rückblick über die wirtschaftliche Lage unsres Gewerbes seit dem Jahre 1914 und ging dann zum Kernpunkte der Versammlung, die Teuerungszulagen, über. Einleitend hierzu befragt er die Würzburger Verhandlungen sowie die Tarifauschüßigung in Berlin. Hierauf streifte er die Faktoren- und Hilfsarbeiterfrage sowie den Organisationsvertrag, befragt die Übergangswirtschaft, die Unterbringung der festgenommenen Kollegen nach dem Krieg und legte die Beförderungsbildung den Kollegen warm ans Herz. Mit dem Mahnrufe, den Ernst der Lage unsres Gewerbes nicht zu verkennen, forderte er zur Einmütigkeit und Geschlossenheit

auf. Reicher Beifall und Dank wurde ihm von der Versammlung gezollt. Einzige Klage wurde geführt über den etwas späten Termin der Auszahlung der Teuerungszulage und darüber, daß sich die Würzburger Versammlung nicht dazu verstand, die Krankenerleichterung auf ihre früheren Sätze zu erhöhen. Hierzu ergriff Kollege Fiedler nochmals das Wort und legte die Unzulänglichkeit der Einwendungen dar. Hierauf noch kleinere Anfragen, die der Ausführung der Kollegen dienten.

Bromberg. Inse am 7. Juli hier abgehaltene außerordentliche Bezirksversammlung, auf der die Orte Bromberg, Hohenalza, Schneidemühl und Thorn zu vertreten waren, ehrte das Andenken zweier gefallener Kollegen und vollzog die Aufnahme eines Neuzugelernten. Gauvorsitzer Wagner (Posen) erstattete zunächst Bericht über die Würzburger Generalversammlung. Seine Ausführungen hierüber zeigten das beifolgende folgende Resolution: „Die heute in Bromberg tagende außerordentliche Bezirksversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen der Würzburger Generalversammlung einverstanden und dankt den Verbandsfunktionären in Erkenntnis der von diesen geleisteten mühevollen Arbeit.“ Hierauf berichtete Kollege Wagner über die Tarifauschüßigung in Berlin. Die hierzu gefasste Resolution lautet im Schlusssatz: „Mit dem erregenen Resultat findet sich die hiesige Kollegenchaft trotz höherer Erwartungen eben notgedrungen ab und erwartet dafür von den Prinzipalen glatte Einführung der Zulagen nach den gegebenen Richtlinien.“

Darmstadt. Die am 8. Juli einberufene Bezirksversammlung war gut besucht. Der einzige Punkt der Tagesordnung war die Entgegennahme des Resultats der stattgehabten Tarifauschüßigung. Der Vorsitzende Knoblauch teilte in kurzen Umrissen das Ergebnis der neuen Teuerungszulagen mit. Trotzdem man sich mit dem Erreichten abfand, ging doch aus der Debatte hervor, daß die neuen Zulagen noch lange keinen Ausgleich für die gewaltig verteuerten Lebensmittelpreise bieten.

Essen. Die am 9. Juli abgehaltene Monatsversammlung ehrte zunächst das Andenken eines gefallenen Kollegen. Weiter konnte der Vorsitzende Grüße von Kollegen Krauß, unsern alten Bezirksvorsitzenden — zur Zeit in englischer Gefangenschaft — übermitteln. An Stelle der ausgeschiedenen Kollegen Bodmühl und Sechshäuser fungieren jetzt die Kollegen Fuß und Heumann im hiesigen Tarifschiedsgericht, der erstere als Gehilfenvorsitzender. Dem Gauvorsitzenden wurden zwei Kollegen zur Aufnahme empfohlen, ein Restant dagegen ausgeschlossen. Dem Ortsvereine Buer wurden jährlich 10 Mk. als Fahrtenzuschußigung zu den Bezirksversammlungen bewilligt. Das Hauptinteresse nahm die Berichterstatter über die Bezirksvorsitzendenkonferenz, in der Bericht über die Tarifauschüßigung erstattet wurde, in Anspruch. Der Berichterstatter Wiechen gen in vorzüglicher Weise ein Spiegelbild von all den Schwierigkeiten, die von den Gehilfenvertretern überunden werden mußten, ehe sie zu dem Resultat gelangten, das erreicht wurde. An den Bericht schloß sich eine ergiebige Aussprache. Sämtliche Redner erkannten zwar einmütig die mit Geduld und Eifer geführte Darstellung unsrer Notlage durch unsre Vertreter an, mußten aber trotzdem mit Bedauern konstatieren, daß, wie der finanzielle Erfolg scheinbar auch wirkt, die neuen Aufschläge dem rasenden Tempo der Verteuerung aller Bedarfsartikel nur zu einem ganz geringen Bruchteile die Wage halten. Mit Erbitterung sehen alle dem Herbst entgegen, wo die weiteren Erhöhungen der Brot- und Getreidepreise das eben Erreichte illusorisch machen und unsre Existenzbedingungen auf den tiefsten Stand von heute herabdrücken. Ist es doch eine nackte Tatsache, daß der Lohn des Buchdruckers, wenigstens hier im industriellen Westen, bedeutend unter dem Lohne selbst ungelerneter und nicht in der Rüstungsindustrie beschäftigter Arbeiter steht. In seinem Schlussworte forderte der Vorsitzende die Mitglieder auf, mehr noch als bisher sich ihrer Pflicht als Gewerkschaftler bewußt zu werden.

Glöttwitz. In der am 6. Juli abgehaltenen, nahezu vollständig besuchten Bezirksversammlung wurden nach Begrüßung, auch der erschienenen festgenommenen Kollegen, zunächst die üblichen Tagesordnungspunkte erledigt. Hierauf ergriff unser Gehilfenvertreter Fiedler das Wort, um das mit Spannung erwartete Ergebnis der letzten Tarifauschüßigung sowie die Begründung einiger Beschlüsse der Würzburger Generalversammlung bekanntzugeben. Nach erfolgter Aussprache erklärte man im allgemeinen seine Befriedigung, obwohl ein vollständiger Ausgleich zwischen Soll und Haben keineswegs damit erzielt sei. Der Vorsitzende Kramer dankte dem Gehilfenvertreter für die dem Allgemeininteresse geleistete Mithewaltung.

Halle a. d. S. Die am 6. Juli tagende, gutbesuchte Ortsversammlung ehrte zunächst das Andenken zweier weiter auf dem Schlachtfelde gefallener Kollegen und des verstorbenen Invaliden Julius Thomas. Nach Aufnahme eines Kollegen und einer Erbschaft zum Vorstande berichtete Gehilfenvertreter König über die stattgehabte Tarifauschüßigung. Anschaulich setzte er die Schwierigkeiten der diesmaligen Verhandlungen auseinander und bezeichnete das Resultat als das äuserste, was von der Prinzipalsität zu erreichen war. In der folgenden Debatte wurde das Ergebnis als nicht befriedigend in Anbetracht der Verhältnisse bezeichnet und auch die Hinanschiebung des Inkrafttretens bedauert. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme: „Die heutige Versammlung hält zwar die neubewilligten Zulagen für keinen Ausgleich der herrschenden Teuerung, erklärt sich jedoch nach dem gehörten Berichte des Gehilfenvertreter für einigermassen zufriedengestellt, bedauert aber den hinausgeschobenen Termin der erstmaligen Auszahlung.“

-h. Hannover. In unsrer am 7. Juli stattgehabten, sehr gut besuchten Mitgliederversammlung erstattete

unser Kreisvertreter Rosenbruch Bericht von der Tarifauschüßigung in Berlin. In umfangreichen Ausführungen schilderte der Redner den Gang der Verhandlungen, die Schwierigkeiten hervorhebend, welche zu überwinden waren, um zu einer Einigung zu gelangen. Rosenbruch verstand es, sich die Aufmerksamkeit der Kollegen bis zum Schluß seiner mit Beifall aufgenommenen Ausführungen zu erhalten. Einige an den Referenten gestellte Anfragen wurden zur Zufriedenheit von demselben beantwortet. Der Vorsitzende Max Müller dankte dem Kollegen Rosenbruch im Namen der Versammlung für die vorzügliche Berichtserstattung und gebote Mithewaltung. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung wieder das Andenken von sechs dem Weltkrieg zum Opfer gefallenen und zwei in Hannover verstorbenen Kollegen.

Konstanz. In der am 30. Juni abgehaltenen Bezirksversammlung begrüßte der Vorsitzende Holz nach Ehrung eines verstorbenen einen aus russischer Gefangenschaft zurückgekehrten Kollegen. Sodann erstattete Gauvorsitzer Lindelaub (Freiburg) in scharfen Umrissen eingehenden Bericht von der Würzburger Tagung. Eine Aussprache hierüber fand nicht statt. Der Vorsitzende konstatierte das Einverständnis der Versammlung mit den gefassten Beschlüssen. Hiernach noch Besprechung einiger innerer Angelegenheiten.

T. Kreisfeld. Inse Monatsversammlung am 8. Juli war sehr gut besucht. Nach der Ehrung eines gestorbenen Kollegen und verschiedenen geschäftlichen Mitteilungen wurde der Kartellbericht erstattet. Danach gab der Vorsitzende Enger einen ausführlichen Bericht von der Bezirksvorsitzendenkonferenz in Köln, in welchem er den Kollegen in großzügiger Weise den Gang der Berliner Verhandlungen im Tarifauschüßigung vor Augen führte. Reicher Beifall wurde ihm zuteil wie Dank ihm und den Gehilfenvertretern ausgesprochen für ihre erfolgreiche Wirksamkeit.

• Schwerin i. M. Inse am 8. Juli abgehaltene Bezirksversammlung war sehr gut besucht. Der Vorsitzende hieß besonders den Kollegen Böhm willkommen, der aus dreijähriger Gefangenschaft in Sibirien zurückgekehrt ist. Bei Punkt 2 der Tagesordnung erstattete unser Gauvorsitzer Dahmke Bericht von der Bezirksversammlung in Hamburg. Er führte aus, mit welchen Schwierigkeiten unsre Kreisvertreter in der Tarifauschüßigung zu kämpfen hatten, um die neue Teuerungszulage zu verwirklichen. In der Diskussion, an der sich eine größere Anzahl Kollegen beteiligte, kam in teilweise scharfen Worten zum Ausdruck, daß die erhöhten Löhne in keiner Weise der heutigen Teuerung entsprächen. Wenn man auch mit der erreichten Zulage sich zufriedengeben müsse, so wurde doch einmütig betont, daß hierdurch bei weitem nicht ein Ausgleich mit den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen geschaffen sei; man müsse unbedingt erwarten, daß dieses in Zukunft gesehen werde. Allgemein wurde anerkannt, daß unsre Kreisvertreter ihr möglichstes in dieser Angelegenheit getan haben.

Barel i. Ost. Am 1. Juli blühte die Tageszeitung „Der Gemeinnützige“ (Firma Ad. Allmers, Buch- und Kunsthandlung) auf ihr hundertjähriges Bestehen zurück. Dem Anhaber, Herrn Kommerzienrat Dr. Allmers in Bremen, wurde aus diesem Anlasse seitens des Personals eine Ehrenurkunde unter würdiger Feierlichkeit überreicht. Allen Angestellten (etwa 30 Personen) wurde ein Geschenk, entsprechend der Dauer ihrer Geschäftszugehörigkeit, gemacht. Ferner wurde allen Angestellten nach zweijähriger Tätigkeit auch in diesem Jahr ein Urlaub von acht Tagen bewilligt und dahin erweitert, daß nach zehnjähriger Tätigkeit ein solcher von vierzehn Tagen gewährt werden soll. Zum Schluß wurde die Sitzung in Aussicht gestellt, durch welche alle verheirateten Angestellten in den Besitz eines Eigenheims gelangen sollen. Der Verlauf der allgemeinen Feier zeugte von dem guten Einvernehmen zwischen Inhaber und Angestellten.

y-r. Weimar. (Bierjahresbericht.) Nach gehörtem Bierjahresbericht in der Versammlung am 17. Mai wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Berichtserstattung vom Gange gab Kollege Fischer. Zwei Beiträge zum Gauvorsitzenden wurden ergänzend gewährt. Der Versuch einiger Kollegen, den Gesangverein wieder ins Leben zu rufen, fand bedauerlicherweise nicht das richtige Verständnis. — Da der bisherige erste Vorsitzende sein Amt begründend niedergelegt, mußte die Ergänzungswahl in der Frühjahrsvorversammlung am 14. Juni ihre Erledigung finden. Gewählt wurde der bisherige zweite Vorsitzende Emil Mehl. In selbiger Versammlung brachte Kollege Palm den Bericht über die Generalversammlung in Würzburg zu Gehör. Zur Kreisversammlung in Halle wurden drei Kollegen delegiert. — Eine weitere außerordentliche Bezirksversammlung machte sich für den 9. Juli nötig. Zu Eingang derselben ehrten die Anwesenden das Andenken von zwei im Westen gefallenen Kollegen. Ferner beachtete der Vorsitzende den Kollegen Hermann Kluge mit einigen passenden Worten, der, vor 25 Jahren in Gablung in Böhmen dem Verbands beitreten, stets ein rühriger Kollege und eifriger Förderer der Arbeiterbestrebungen war. Die außerordentliche Unterfertigung des Verbandsvorstandes ist wieder in der bisherigen Weise zur Verteilung gekommen. Über die Verhandlungen des Tarifausschusses referierte sodann in eingehender Weise unser Gehilfenvertreter König (Halle). Reicher Beifall besahnte seine freilich Ausführungen. Aus der sich anschließenden Aussprache war zwar nicht direkte Entschüßigung über die Bewilligung zu entnehmen, wohl aber war allseitig ein besseres Entgegenkommen der Prinzipale erwartet. Eine Entschüßigung folgenden Wortlauts wurde angenommen: „Die am heutigen Dienstag, dem 9. Juli 1918, im „Volksaule“ zu Weimar stattgehabte außerordentliche Bezirksversammlung hörte mit gespanntem

